

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 22. November 2017

3497. 2017/262

Weisung vom 23.08.2017:

Sozialdepartement, Stiftung Pro Offene Türen der Schweiz, Selbsthilfecenter, Beiträge 2018–2021

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Pro Offene Türen der Schweiz wird für das Selbsthilfecenter für die Jahre 2018–2021 ein Gesamtbeitrag von jährlich maximal Fr. 247 500.– bewilligt. Dieser ist aufgeteilt in einen jährlichen, leistungsabhängigen Maximalbeitrag von Fr. 150 000.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) sowie den Erlass der Kostenmiete von Fr. 97 500.–. Die Kostenmiete wird dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Roger-Paul Speck (SP): Die Stiftung Pro Offene Türen der Schweiz fördert und unterstützt seit 1979 Selbsthilfegruppen und führt seit 2005 das Selbsthilfecenter an der Jupiterstrasse. Die Stadt unterstützt die Selbsthilfe der Stiftung seit 2003. Im November 2015 hat der Gemeinderat in einer Weisung für zwei Jahre einen jährlichen Maximalbeitrag von 150 000 Franken gesprochen und einen Erlass der Kostenmiete von 97 500 Franken beschlossen. Diesen Entscheiden ging eine Kürzung von 55 000 Franken voraus. Von einer Mehrheit wurde damals gefordert, dass das Selbsthilfecenter die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und für Werbung reduzieren soll und dass die Einnahmen für die Vermietung gesteigert werden sollen. Das wurde vom Selbsthilfecenter eingehalten. Das Center ist die einzige Fachstelle in Zürich, die professionell die Selbsthilfe fördert, Interessierte berät und Selbsthilfegruppen beim Aufbau und bei den regelmässigen Treffen begleitet. Im letzten Jahr wurden 2400 Anfragen aus der Stadt und der näheren Umgebung beantwortet. Dabei ging es in 60 % der Anfragen um Krankheiten und Behinderungen und in 40 % um psychosoziale Themen wie Trennung, Erwerbslosigkeit oder um Todesfälle in der Familie. Die meisten der beratenen Personen wohnen in der Stadt. Besteht bei einem Thema noch keine Selbsthilfegruppe, werden Interessierte bei der Gründung unterstützt, sofern mindestens acht Personen teilnehmen. Die Gruppe wird in der Aufbauphase von einer Fachperson begleitet. 65 % der Personen konnten in eine bestehende Gruppe vermittelt werden. Im vergangenen Jahr entstanden 11 neue Gruppen, darunter Gruppen zu Themen wie Asperger, Frauengruppen, Ko-Abhängigkeit, Trauergruppen für Partner, ungewollte Kinderlosigkeit, Kaufsucht oder Partner von Menschen mit Depressionen. Die Ressourcen sind be-

schränkt. Bei Gruppengründungen entstanden Wartezeiten von bis zu 6 Monaten. Das Selbsthilfecenter hat sofortige Unterstützung geboten, führte neue Kurzbegleitungen ein oder hat triagiert. Bei den Kleingruppen ging es zum Beispiel um Allergien, Eltern von Kindern mit Mehrfachbehinderungen oder Angehörige von Krebskranken. Bei der Raumvermietung fielen regelmässige Mieten weg. Dem Selbsthilfecenter ist es aber gelungen, die Einnahmen zu stabilisieren. Neu vermietet es die Räume auch stundenweise an Vereine und Private. Für gewinnorientierte Organisationen wurden die Preise angehoben. Man muss bedenken, dass die Preise der Umgebung angepasst werden müssen. Man kann die Einnahmen nicht beliebig steigern. Das Zentrum befindet sich zudem nicht mitten in der Stadt. Firmen bevorzugen grössere und zentraler gelegene Räume. Es konnten aber 3000 Franken mehr Mieteinnahmen erwirtschaftet werden. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde stark eingeschränkt. Es gibt weniger Kino- und Tramwerbung und die Präsenz in den Medien wurde verringert. Stattdessen wurde der Fokus auf die Zusammenarbeit mit Organisationen im Sozial- und Gesundheitswesen gelegt. Das Center pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Unispital, dem Sanatorium Kilchberg, dem schulärztlichen Dienst, dem Kinderspital, und zeigt dort die Wirkung und den Nutzen von Selbsthilfegruppen auf. Es ist auch ein Instrument für Sekundär- und Tertiärprävention. Im Selbsthilfecenter arbeiten vier Festangestellte zu insgesamt 2,3 Stellenwerten. Die Stadt kauft für die nächsten vier Jahre jeweils ungefähr in der gleichen Gesamtmenge ein wie bisher. Dies beinhaltet Beratungsstunden und bei Bedarf Gruppengründungen. Für die Öffentlichkeitsarbeit sollen 16 000 Franken gesprochen werden. Der Gesamtbetrag wird somit weiterhin 150 000 Franken betragen. Selbsthilfegruppen entlasten das Sozial- und Gesundheitswesen. Sie sind eine ressourcenorientierte und kostengünstige Ergänzung zu professionellen ärztlichen Hilfen und können eine Verschlechterung der Lebenssituation verhindern.

Kommissionsminderheit:

Markus Baumann (GLP): Die Minderheit der Kommission erachtet Selbsthilfegruppen grundsätzlich als sinnvoll. Es stellt sich aber die Frage, ob es eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, diese zu unterstützen, und wer wirklich ein Interesse daran hat, die finanzielle Beteiligung durch die Stadt sicherzustellen. Wir fragen uns, ob es wirklich weitere Angebote braucht neben den zahlreichen Anlauf- und Fachstellen, die bereits vergleichbare Angebote bieten und ebenfalls durch die Stadt mitfinanziert werden. Wir fragen uns auch, ob es nicht an der Zeit ist, dass Zürich die finanziellen Mittel effizienter einsetzt, Ressourceneffizienz anstrebt, Parallelangebote stärkt und sich von anderen Angeboten verabschiedet. Aus unserer Sicht ist es an der Zeit, dass man zukunftsorientierte Modelle initiiert. Die FDP befindet sich aus unserer Sicht in einem Erklärungsnotstand. Vor zwei Jahren hatte sie noch das eigentliche Ziel vor Augen. Dieses scheint sie verloren zu haben. Sie stellte damals die Fragen, die wir heute auch stellen und die uns dazu bewegen, die Weisung abzulehnen. Auch das Argument der Kosteneinsparung hinkt. Es gibt keinen Nachweis für eine Kosteneinsparung. Wir akzeptieren die Begründung, diese sei nicht messbar. Aber dann darf man nicht behaupten, es handle sich um eine Kosteneinsparung. Ein anderes Argument der Befürworter lautet, dass es ein Anliegen ist, dass man gemeinsam diskutiert, dass man die Erwartung hat, dass einem

geholfen wird und die Hilfestellung in einer Gruppe erhält. Wir haben nichts dagegen. Wir sind aber nicht einverstanden damit, dass dies mit der Unterstützung der Stadt geschieht. Es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, Selbsthilfegruppen zu organisieren und zu fördern. Eine allfällige Finanzierung oder Unterstützung wäre beim Bundesamt für Gesundheit nachzufragen oder bei Institutionen, die ebenfalls glauben, dass durch die Unterstützung eine Kosteneinsparung entsteht. Wenn das Angebot der Stiftung nicht mehr durch die Stadt mitfinanziert wird, entsteht keine Betreuungslücke. Es gibt aber auch keine Kostensteigerung im Gesundheitswesen, da andere dafür zuständig sind. Bei der FDP sollte es kein Wahlversprechen bleiben, Doppelspurigkeiten ausmerzen. Sie sollte damit beginnen, dies mit uns gemeinsam umzusetzen, damit Gelder frei werden für innovative Projekte, die nachweislich Wirkung erzielen.

Weitere Wortmeldungen:

Rolf Müller (SVP): Selbsthilfe ist eine gute Sache. Es sollte sich dabei aber sinngemäss um eine selbst organisierte Hilfe handeln. Wenn das Amt die Hilfe organisiert, ist es keine Selbsthilfe mehr. Deshalb lehnen wir die Weisung ab. Die Vermittlung eines Kontakts zu einer passenden Gruppe ist im Zeitalter von Internet nicht mehr zeitgemäss. Die Selbstverantwortung liegt bei jedem Einzelnen, sich selber um die entsprechenden Kontakte zu kümmern. Auch für die Gruppengründung kann vorausgesetzt werden, dass sich die Betroffenen selber darum kümmern, wie eine Gruppe gegründet werden soll. Dafür braucht es keine Amtshilfe. Ebenso braucht es für eine Selbsthilfegruppe keine amtliche Begleitung. Sonst wäre es eine begleitete, organisierte Gruppe. Auch muss die Stadt einer Selbsthilfegruppe nicht unbedingt Räume zur Verfügung stellen. Die betroffene Selbsthilfegruppe kann sich in einem Restaurant einen Saal mieten. Das würde wiederum der Gastronomie nützen. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Selbsthilfegruppen zu organisieren und zu fördern. Eine allfällige finanzielle Unterstützung wäre bei der Krankenkasse oder beim Bundesamt für Gesundheit nachzufragen. Diese haben ein finanzielles Interesse daran, im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung proaktiv zu sein. Wir wissen alle, wie es um die Finanzen der Stadt steht.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Eine günstigere und gleichzeitig effizientere Gesundheitsversorgung als Selbsthilfe kann man kaum bieten. Meine Vorredner unterschätzen die Situation der Betroffenen. Oft befinden sich die Betroffenen in einer Akutsituation. Gleichzeitig ist man an einem Punkt angelangt, wo man denkt, jetzt muss etwas geschehen. Es ist bewiesen, dass Selbsthilfe einen hohen Nutzen hat und dass die Kosten tief sind. Leute mit dem gleichen Problem tauschen sich gegenseitig aus, geben sich Tipps, unterstützen sich und geben sich Halt in schwierigen Situationen. Die Kosteneinsparung für die Allgemeinheit liegt darin, dass durch die Selbsthilfegruppen teure Stunden bei einem Arzt oder einer Ärztin, bei einem Psychiater oder einer Psychiaterin gespart werden. Es braucht gewisse Rahmenbedingungen, um kosteneinsparend sein zu können. Es braucht eine niederschwellige Anlaufstelle mit einem Telefon, wo man sich unverbindlich melden kann. Vielleicht trauen sich Betroffene nicht, zum Beispiel direkt zur Alkohol-Beratungsstelle zu gehen, weil sie sich schämen und sich nicht outen wollen. Man möchte sich erkundigen, ob es ein

passendes Angebot gibt, ohne, dass man ein Problem zugeben muss und ohne, dass es das Budget gross belastet. Es braucht eine Beratungsperson, bei der man unverbindlich Informationen einholen kann und die abschätzen kann, ob eine Selbsthilfegruppe in der betreffenden Situation ausreicht oder ob die Situation zu akut und zu problematisch ist und es eine Fachperson braucht. Es braucht auch ein gewisses Mass an Öffentlichkeitsarbeit, damit Leute in einer Krise niederschwellig Informationen abholen können und nicht noch alles selber herausfinden müssen, womöglich noch selber Leute in einer gleichen Situation suchen müssen und sich so mehrmals outen müssen. Wenn man an diesem Punkt steht, muss es niederschwellig möglich sein, in eine Gruppe zu kommen. Es muss möglich sein, dass sich Gruppen bilden können und dass diese von einer Person unterstützt werden, die weiss, wie alles funktioniert. Derzeit gibt es 400 Gruppen. Wenn jeweils rund 8 Personen teilnehmen, sind es insgesamt 3200 Personen. Diese müssten sonst vermutlich rund 15 Stunden einen Psychiater oder eine Psychiaterin beanspruchen. Bei einem eher günstigen Kostenansatz von 300 Franken würde dies einen Betrag von 14 Millionen Franken ergeben. Wenn man dies mit dem Unterstützungsbeitrag der Stadt vergleicht, haben wir massiv gespart. Man erhält bescheidene Leistungen, die übrigens bereits einmal gekürzt wurden, zu einem eminent hohen Nutzen.

Karin Weyermann (CVP): Das, was wir das letzte Mal kritisiert haben, wurde in der Zwischenzeit umgesetzt. Aus unserer Sicht braucht es die Beratung und die Starthilfe des Centers, damit eine Selbsthilfegruppe als Selbsthilfegruppe funktioniert und nicht einfach eine Art Selbstbemitleidungsgruppe stattfindet. Die Initialzündung, dass man sich zusammensetzt und eine externe Person sagt, wie man sich sinnvoll selber helfen kann, macht aus unserer Sicht Sinn. Wir haben das letzte Mal unter anderem kritisiert, dass zu viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Wir konnten den Betrag kürzen. Dieser soll jetzt auch nicht erhöht werden. Das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit wurde entsprechend angepasst. Der zweite Punkt betraf die Vermietung der Räume. Wir waren der Ansicht, dass mehr vermietet werden muss, allenfalls zu höheren Preisen und dass es allenfalls auch für jene, die die Selbsthilfegruppen beanspruchen, mehr kosten darf. Wie genau dies umgesetzt wird, haben wir dem Center überlassen. Auch diese Kürzung wurde akzeptiert und es scheint zu funktionieren. Damit spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, den Beitrag für die nächsten Jahre zu sprechen. Ein Gedankenanstoss: Wir haben das letzte Mal darüber gesprochen, ob man bei den Räumen auch Alternativen finden könnte. Ich habe nicht nachgefragt, ob dies geprüft wurde. Nachdem nun einige Mieter ausgezogen sind, wäre es aber vielleicht sinnvoll, dies nochmals zu überprüfen. Insgesamt halten wir die Arbeit des Selbsthilfecenters für sehr sinnvoll. Das Problem ist, dass der Preis der Arbeit, die geleistet wird, nicht beziffert werden kann. Wir sehen aber, dass es sicher eine gewisse Unterstützung vorhanden ist. Einige Teilnehmer wären ohne das Angebot sicherlich in medizinischer oder psychiatrischer Behandlung. Gewisse Teilnehmer nutzen diese aber vermutlich trotzdem neben den Angeboten des Selbsthilfecenters. Das tut ihnen aber wahrscheinlich gut. In diesem Sinne wird die CVP der Weisung zustimmen.

Roger-Paul Speck (SP): Ich kann die Doppelspurigkeiten nicht ganz so deutlich sehen. Der Vorschlag mit dem Restaurant ist aus meiner Sicht absurd, wenn man bedenkt,

dass die Betroffenen an einer Krankheit leiden, die möglicherweise sichtbar ist, oder wenn eine Alkoholkrankheit oder eine Depression vorliegt. In der Schweiz gibt es 2400 Selbsthilfegruppen. Das zeigt, dass das Bedürfnis vorhanden ist. Darin sind wir uns vermutlich einig. In Deutschland gibt es Krankenkassen, die verpflichtet sind, 1 Euro pro Versicherten in Selbsthilfegruppen zu investieren. Es wurde auch schon vorgeschlagen, die Gruppen abends in einem Schulhaus unterzubringen. Aber auch das kostet. Das Schuldepartement würde vermutlich eine Miete verlangen, es würden Kosten für den Abwart anfallen, der die Türen öffnet und schliesst. Es wäre keine optimale Stimmung. Wenn Menschen ein Handicap haben, können sie nicht mehr alles selber organisieren. Es sind keine kerngesunden Leute, die aus Spass eine Gruppe bilden. Sie haben Hemmungen. Sie sind keine geübten Fachleute, die gerne plaudern und moderieren. In solchen Situationen braucht es Leute, die die Gruppe anleiten, konstruktive Kritik mit ihnen üben und zeigen, wie man eine Krise überwinden kann. Dafür sind die 2,3 Stellen nicht überdimensioniert.

Marcel Müller (FDP): *Hilfe zur Selbsthilfe ist grundsätzlich gut. Es führt dazu, dass die Leute, die Hilfe benötigen, sich am Schluss selber helfen und nicht ein Angebot annehmen, bei dem ihnen von aussen geholfen werden muss. Die Plattform hilft, zu zeigen, welche Gruppen existieren. Sie hilft, zu vermitteln und hilft, Räume zur Verfügung zu stellen. Wenn sich Leute für Selbsthilfe interessieren, stecken sie in einer Krise, sonst würden sie keine Hilfe benötigen. Eine Plattform kann ihnen helfen, einen Anschub zu erhalten und zu sehen, dass es andere Leute gibt, die am selben Thema arbeiten und dass man zusammenkommen kann, ohne dass man eine teure, externe Hilfe braucht.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Roger-Paul Speck (SP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Alexander Brunner (FDP), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Marcel Müller (FDP), Marcel Tobler (SP)

Minderheit: Markus Baumann (GLP), Referent; Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

6 / 6

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Pro Offene Türen der Schweiz wird für das Selbsthilfecenter für die Jahre 2018–2021 ein Gesamtbeitrag von jährlich maximal Fr. 247 500.– bewilligt. Dieser ist aufgeteilt in einen jährlichen, leistungsabhängigen Maximalbeitrag von Fr. 150 000.– (entsprechend dem Index von 102,0 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2015) sowie den Erlass der Kostenmiete von Fr. 97 500.–. Die Kostenmiete wird dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 29. November 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 29. Dezember 2017)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat